

INTERVIEWS ZUR AKTUELLEN LAGE IM IRAN

DR. KAZEM MOUSSAVI ist Mitglied der Green Party of Iran.



Seit der Wahlfarce im Iran, in der sich der amtierende Präsident Mahmud Ahmadinedschad eine zweite Amtszeit sicherte, reißen die Proteste nicht mehr ab.

Die Zusammensetzung der Protestierenden ist vielfältig und die Lage im Iran unübersichtlich. Grund genug also, bei Menschen nachzufragen, die näher dran sind: Exil-Iraner_innen, die den Protestierenden im Iran hier eine Stimme geben.

Von Emanzipative & Antifaschistische Gruppe

MINA AHADI ist Mitglied des Politbüros und ZKs der Arbeiterkommunistischen Partei Irans und Vorsitzende des Internationalen Komitees gegen Steinigungen



Welche Quellen nutzen Sie, um an Informationen über die momentane Lage im Iran zu gelangen?

MOUSSAVI: Ich bin Mitglied der „Green Party of Iran“, die im Exil gegründet wurde. Unsere Nachrichtenquellen sind Informationen, die wir von Sympatisant_innen und Student_innen im Iran erhalten. Die verbreiteten offiziellen Informationen sind durch das Regimes stark zensiert. Jegliche Berichterstattung der deutschen und westlichen Medien aus dem Iran muss von Ershad, dem Ministerium für Kultur und islamische Führung, genehmigt und begutachtet werden und ist daher nicht zu trauen. Die staatlichen und europäischen Nachrichtenagenturen meldeten bei den Aufständen im Iran mindestens zehn bis zwanzig Tote. Es sind aber nach inzwischen bekanntgewordenen Berichten durch die Bevölkerung mehr als 250 Menschen umgebracht und tausende Systemgegner_innen festgenommen worden. Letztere stehen mittlerweile recht sicher unter Folter. Allein durch das im Internet verbreitete Video, das den Tod der 27jährigen Neda Agha-Soltan zeigt, die während der Proteste in Teheran durch die paramilitärische Bassij und

die staatlichen Sittenwächter ermordet wurde und weltweit Empörung auslöste, hat sich das Regime selbst gerichtet.

AHADI: Die Bewegung im Iran ist inzwischen gut mit dem Internet verbunden und nutzt die Möglichkeiten der neuen Kommunikationstechnologien. Somit ist es den Protestteilnehmer_innen möglich, mit dem Handy das Geschehen zu filmen und ins Netz zu stellen. Fast stündlich bekommen wir Informationen über das Internet und das Telefon. Außerdem hat die Arbeiterkommunistische Partei im Iran einen Fernsehsender, "New Channel", der 24 Stunden live sendet. Dort werden zahlreiche Diskussionen gesendet, Zuschauerfragen wird viel Platz eingeräumt und ständig wird direkt von der Strasse sowie den aktuellen Ereignissen berichtet.

Worin genau unterschieden sich Ahmadinedschad und Mousawi – der als sogenannter Reformler angetreten ist - in der Periode vor der "Wahl". Mit anderen Worten: Wozwischen konnte die iranische Bevölkerung wählen und würden Sie von "Wahlen" überhaupt sprechen? Einige sagen, wäre Mousawi jetzt Präsident, dann hätte sich am politische System im Iran auch nichts geändert.

MOUSSAVI: Zunächst wäre zu betonen, dass wie in der seit 30 Jahren nicht-legitimen Mullah-Diktatur im Iran typisch, wieder eine Schein-Abstimmung zwischen den vier Hauptkandidat_innen des Systems stattgefunden hat. Sowohl Ahmadinedschad als auch Mousawi haben ihre Loyalität zum islamischen Grundgesetz und der alleinigen Herrschaft von „Welayat Fagih“, dem Religiösen Führer Ali Khamenei, schriftlich erklärt. Dessen ideologische Doktrin ist, die Islamisierung nach Innen und Außen voranzubringen. Mousawi nennt sich selbst einen „fundamentalistischen Reformler“ und warb auf Plakaten mit dem Slogan „Duft des Imam Khomeini“, als dessen treuer Gefolgsmann er sich in seiner Funktion als Ministerpräsident von 1981 bis 1989 bewährte. In Mousawis Amtszeit fallen etwa die Massenhinrichtungen von politischen Gegner_innen und die Abrichtung von Kindern als Kanonenfutter für den Krieg gegen den Irak. Mousawi bekennt sich als Gründer von paramilitärischen Bassijis und der libanesischen Hizbollah. Ahmadinedschad ist eigentlich als Erbe von Mir-Hossein Mousawi im System zu bezeichnen. Er ist ein moralisches und jihadist-

sches Symbol für das Mullah-Regime und seine Verbündeten in der Region, auch wegen seiner Kriegshetze, des Aufrufs zur Vernichtung Israels und der Leugnung des Holocausts sowie dem Beharren auf das Atomprogramm. Mousawi hat sich niemals von seiner eigenen Politik und dem islamischen Regime distanziert. Er kritisiert lediglich den Führungsstil Ahmadinedschads als aktuellen Präsidenten.

AHADI: Unser Standpunkt war und ist, dass es sich bei der „Wahl“ und dem Ergebnis um eine Show, eine Komödie, handelte. Von Wahlen ist die Rede, wenn Menschen frei ihre Meinung äußern können und wenn verschiedenste Parteien - wie auch unsere - zu den Wahlen zugelassen wird. Jede Strömung und Partei, die auch nur minimale Kritik am islamischen Regime übt, wird im Iran jedoch nicht zugelassen. Ein weiteres Problem ist, dass Frauen nicht kandidieren dürfen. Lediglich Anhänger des Regimes und ein Teil der Islamisten, schiitische Islamisten, können sich zur Wahl stellen. Außerdem gibt einen Wächterrat, der das letzte Wort über die Zulassung der Kandidaten hat. Im Iran von einer „Wahl“ zu sprechen, kann also nur eine Farce sein.

Um auf den Unterschied zwischen Mousawi und Ahmadinedschad zu sprechen zu kommen: Mousawi ist eine Person, die acht Jahre Macht als Ministerpräsident des Irans innehatte. Während dieser Zeit wurden tausende Menschen umgebracht. Mein Mann beispielsweise wurde damals hingerichtet. Innerhalb des islamischen Regimes gibt es schon seit langem zwei Flügel. Die haben unterschiedliche Interessen und auch Probleme miteinander. Das sind aber Probleme um Macht und Geld, die das islamische Regime nicht in Frage stellen und völlig an den Interessen der Menschen vorbeigehen. Die Menschen im Iran sind unzufrieden! Trotz der Repression formieren sich soziale Bewegungen, wie Arbeiter_innen-, Frauen- und Jugendbewegungen, die Druck ausüben, soviel sie können. Der Verlauf der Protestbewegung hat seinen Ausgangspunkt in einer sehr tiefen Unzufriedenheit mit dem islamischen Regime.

Vor der sogenannten Wahl hatten die vier zugelassenen Kandidaten im Fernsehen miteinander diskutiert und die Menschen haben begriffen, mit was für einem System sie es zu tun haben. Es ist ein menschenverachtendes, mörderi-

ches, korruptes und mittelalterliches Regime. Im Alltag, wenn sie unter sich sind, reden die Leute darüber, dass viele Menschen umgebracht werden, Milliarden Dollar einfach verschwinden und das islamische Regime in eine Sackgasse geraten ist. Als dann Khamenei entschieden hat, dass Ahmadinedschad die Macht an sich nehmen soll, war das für viele Menschen einfach zuviel und sie begannen, sich auf der Strasse zu sammeln. Aus meiner Sicht ist es eine Revolution gegen das islamische Regime.

Wie beurteilen Sie die Rolle des obersten geistlichen Führers?

MOUSSAVI: Der oberste geistliche Führer, Ali Khamenei, kann über die Existenz des islamischen Regimes bestimmen. Er hat bei den Machtkämpfen seine absolute Autorität im System demonstriert. Er soll nach dem Mullah-Grundgesetz, nach der Überzeugung von Ahmadinedschad und anderen Mullahs als Stellvertreter des vor fast 1000 Jahren verborgenen 12. schiitischen Imam Mahdi auf der Erde akzeptiert werden. Sein Regime muß im Namen von Allah den Weg zur Wiedergeburt von Imam Mahdi auf unserer Erde ebnen.

Ähnlichkeiten zwischen dem Anspruch auf Welt Herrschaft von Ali Khamenei und seines Systems zur Politik des Nationalsozialismus existieren ohne beides gleichsetzen zu können; nur, dass im Mittelpunkt des ideologischen Sendungsbewusstseins nicht das „deutsche Wesen“, die „arische Rasse“ und die „deutsche Nation“ stehen, sondern die Vorherrschaft einer Religion, welche nicht weltlich und kaum kontrollierbar ist. Die islamische Weltanschauung muss

deshalb ernst genommen werden. Sie ist nicht nur Mittel zum Zweck. Sie steht im Mittelpunkt jeglicher politischer Handlung der Mullahs und deren Präsidenten.

AHADI: Das islamische Regime ist diktatorisch und die Hauptfigur dieses Regimes ist Khamenei. Er entscheidet über alles. Er kann alles ändern. Die Existenz des Parlamentes, der Justiz oder sozialer Bewegungen ist vor dem Hintergrund, dass einer durch sein Vetorecht letztlich die alleinige Macht hat, zutiefst lächerlich. Egal ob Mousawi, Ahmadinedschad, ob Rafsandjani, Khamenei oder Chatami an der Macht waren, wir haben seit dreißig Jahren Erfahrungen mit diesem islamischen Regime, welches die Menschen und die Menschenrechte verachtet. Ich denke, dieser Umstand sollte weltweit starke Reaktionen hervorrufen, was wir aber leider nicht sehen. Das islamische Regime ist ein diktatorisches und faschistisches Regime und dies sollte auch beim Namen genannt werden.

In den deutschen Medien wird gemeinbin von der „iranischen Opposition“ gesprochen. Welche hauptsächlich Kräfte innerhalb dieser Opposition erkennen Sie und welche Ziele werden von diesen im einzelnen verfolgt?

MOUSSAVI: In Deutschland existiert eine Maschinerie des Appeasements („Beschwichtigungspolitik“) gegenüber dem Teheraner Regime, in der die Politik, Wirtschaft und Medien eine untrennbare Einheit bilden. Die Lieblingsopposition Deutschlands und des Westens ist Mir-Hossein Mousawi. Damit wollen sie zeigen, dass es innerhalb des iranischen Regimes relevante Alternativen zu Ahmadinedschad gäbe.

Die Politik und Medien in Deutschland unterstützen ausschließlich die „grün“ gelabelte Pro-Mousawi-Opposition. Sie zensieren andere Oppositionsgruppen, die für einen Wechsel des Systems sind. So wird beispielsweise von Bündnis90/Die Grünen der grüne Schal Mousawis als Symbol einer „jungen grünen Welle gegen Ahmadinedschad“ gedeutet. Sie sollten sich aber darüber im Klaren sein, dass für Mousawi und die Islamist_innen die Farbe Grün generell ein Symbol für die Märtyrerbereitschaft des dritten



schitischen Imam Hossein zum heiligen Krieg gegen Ungläubige ist. Seit der sog. grünen Welle kann man im Fernsehen sehen, dass Claudia Roth sich selbst ein grünes Band ums Handgelenk bindet, was sicher weniger mit einem Bekenntnis für die Grünen in Deutschland zu tun hat.

Was nicht vergessen werden darf, egal ob Ahmadi-nedschad oder Mousawi der Präsident des Systems ist: Grundpfeiler der aktuellen Politik, darunter Terror nach Innen und Außen, der Islamismus, der antiwestliche und antiisraelische Kurs, können nur mit purer Militarisierung und mit Atomprogrammen vorangetrieben werden. Mir-Hossein Mousawi lehnt deshalb ab, als Basis für Verhandlungen mit den USA und Europa, die Urananreicherung auszusetzen.

AHADI: Die deutschen Medien machen mich mit ihrer Darstellung der Lage im Iran einfach nur krank. Das ist schon lange so. Auf der einen Seite sehen wir eine Distanzierung von dem, was im Iran los ist, andererseits merke ich in meiner tagtäglichen Kampf für die Menschenrechte, zum Beispiel als Vorsitzende im Internationalen Komitee gegen Steinigung und Todesstrafe, wieviel Ignoranz die deutschen Medien gegenüber dem Leid der iranischen Bevölkerung aufbringen. Es ist einfach kein wichtiges Thema, wenn eine Frau wegen angeblichen Ehebruchs auf der Strasse zu Tode gesteinigt wird. Ich hatte immer Probleme mit dem Bild, welches die deutschen Medien vom Iran zeichnen: Es handelt sich beim Iran um einen islamischen Staat, indem es dann ja die Menschen, die iranische Bevölkerung sei, die Ahmadi-nedschad gewählt habe. Dabei ist der Iran kein islamisches Land. Die genauen Umstände dieser sogenannten Wahlen gehen in der Berichterstattung seit dreißig Jahren fast völlig unter; dass es sich um die Wahl zwischen zwei Mördern handelt. Mousawi wird dargestellt, als sei er die Opposition. Wenn man über Opposition im Iran redet, sollte von der verbotenen Opposition gesprochen werden. Es gibt Organisation von links bis rechts, religiös und säkular, die verboten sind, weil sie gegen das islamische Regime ankämpfen. Man kann nicht auf die Strasse gehen und sagen, ich bin Anhängerin der Arbeiterkommunistischen Partei oder ich bin Anhänger der Grünen Partei. Wer sich über die Vielfältigkeit der iranischen Opposition kundig machen möchte, kann dies auch

hier im Ausland tun. Diese Möglichkeit besteht, ohne dabei auf die deutschen Massenmedien angewiesen zu sein.

Ist Mousawi durch die Entwicklungen der letzten Wochen tatsächlich raus aus der Führungsriege. Wird er vielleicht zu einer echten Option?

MOUSSAVI: Während die Menschen im Iran landesweit nach Freiheit und „Nieder mit dem islamischen Regime“ rufen, hat Mousawi zuletzt klargestellt, dass es ihm um den Erhalt des islamischen Regimes geht. Kein Wort mehr und kein Wort weniger! Momentan sind überwiegend die demokratischen und säkularen Kräfte auf den Straßen, Spuren von den „grünen“ Anhängern Mousawis sind auf den Demonstrationen kaum noch auszumachen. Eine echte Option ist ausserhalb, nicht aber innerhalb des Systems zu suchen. Die Entwicklungen der letzten Wochen haben tatsächlich gezeigt, dass das religiöse Regime nicht reformfähig ist. Auch wird sich das Regime niemals von außen zu freien Wahlen bewegen lassen. Damit ist auch die deutsche und europäische Beschwichtigungs- und Appeasementpolitik gegenüber dem Mullah-Regime gescheitert.

AHADI: Ich denke nicht, dass sich Mousawi aus der Führungsriege geschossen hat. Er hat zwar sehr scharf gegen Khamenei, Ahmadi-nedschad und den Wahlbetrug gesprochen, aber er und seine Anhänger_innen haben auch gesagt, dass die Protestbewegung nicht von ihm verursacht wurde und die Menschen einfach auf die Straße gegangen sind. Sie rufen Parolen, mit denen Mousawi nicht einverstanden sein kann, zum Beispiel „Freiheit und iranische Republik“, also keine islamische Republik. Mousawi hat immer wieder klargestellt, dass er die islamische Republik und iranische Verfassung beibehalten möchte, die seit 30 Jahren so viel Elend und so viele Hinrichtungen verursacht hat. Mousawi ist also eine Person, die versucht, das islamische Regime zu retten. Er wendet sich auch dagegen, die Protestbewegung im Iran als eine revolutionäre anzusehen. Mousawi versucht, die Protestbewegung zu instrumentalisieren, um das System zu retten. Ich denke, das ist unmöglich. Mousawi und Khamenei haben keine Chance mehr, weil Millionen Menschen auf die Straße gegangen sind und mitbekommen haben, wie machtvoll sie gemeinsam agieren können. Diese

Leute wollen nicht einfach aufgeben. Sie haben gesehen, dass das Regime sehr viele Menschen in den Gefängnissen umgebracht oder vergewaltigt hat und sie haben einfach Angst, dass, wenn sie jetzt nach Hause gehen, dass alles noch viel schlimmer wird.

Kürzlich wurden an einem Tag im Iran zwölf Menschen hingerichtet. Der neue Justizminister hat gesagt, er wolle sehr hart durchgreifen. Wenn man dem Regime dazu die Chance gibt, dann haben die Menschen im Iran noch mehr Probleme. Deshalb weichen die Leute nicht zurück, es muss sich etwas Grundlegendes verändern. Das islamische Regime muss weg und das ist unsere Absicht als Partei und meine Absicht als Person.

Der Präsident tut sich als Impulsgeber hervor, wenn es darum geht, einen krassen Antisemitismus mit sozialrevolutionärer Rhetorik zu versehen. Wie steht es um die oppositionellen Kräfte bezüglich der antisemitischen Staatsräson?

MOUSSAVI: Im größten Teil der iranischen Opposition gibt es bereits seit längerem eine positive Haltung gegenüber Israel. Diese Haltung wurde aber bislang nicht in die Praxis umgesetzt, mit der fatalen Folge, dass das Regime die Gegnerschaft zu Israel als unumstrittenen Konsens im Iran darstellen konnte. Aber mittlerweile haben die meisten oppositionellen Kräfte, die das Regime ernsthaft bekämpfen, begriffen, dass es so nicht weitergehen kann. Wir haben seitens der Grünen Partei des Iran ein Thesenpapier vorgelegt, das viel diskutiert wurde. Aus unserer Sicht gehören die Unterdrückungspolitik nach innen, die Expansionspolitik nach außen und der Antisemitismus des Regimes untrennbar zusammen. Die Atombombe verbindet diese Politik miteinander und es ist falsch, nur einen dieser Aspekte zu bekämpfen, wenn das Regime abgeschafft werden soll. Wir als Grüne Partei des Iran sind davon überzeugt, dass das Schicksal des Irans und die Menschenrechte der iranischen Bevölkerung mit dem Schicksal der Juden und dem Staat Israel untrennbar und direkt verbunden sind. Und dieser Gedanke findet sich auch in dem Aufruf „Stop the Bomb“ wieder. Nicht nur die Menschen aus dem Iran, sondern die Vertreter_innen fast aller iranischen politischen Richtungen im Exil finden sich unter den Unterstützer_innen dieser Petition. Wir erwarten aber von allen demokratischen irani-

schen Systemgegner_innen und Oppositionellen gegen Antisemitismus und Antizionismus des Mullah-Regimes eindeutig Stellung zu beziehen.

AHAD: Dieses Thema wird auch im Iran umfangreich diskutiert. Der politische Islam existiert im Land seit 30 Jahren und ein sehr relevanter Aspekt dieses islamischen Terrorregimes ist der Kampf gegen die Menschen im Inneren. Ein anderer wichtiger Punkt ist, dass diese Bewegung eine Internationale ist und sich auch weltweit versucht durchzusetzen. Beim Aufbau und der Unterstützung von der Hamas und der Hisbollah etc. hat das islamische Regime eine wichtige Rolle gespielt. Ein sehr wichtiger Teil dieser islamischen Bewegung sind antisemitische Aufrufe. Die Islamist_innen sind gegen Jüdinnen und Juden, seit der Revolution vor 30 Jahren gibt es im Iran, beispielsweise von Khomeini, antisemitische Propanda. Diese Stimmungsmache wirkt und Leute gehen gegen Juden auf die Straße. Seitens des Regimes folgte ein Manifest gegen Juden und Vernichtungsdrohungen gegen Israel. Das ist aus unserer Sicht ein unmenschlicher Aufruf gegen die Menschen, die in Israel leben. Natürlich, die israelische Regierung hat sehr viel Leid über die Palästinenser_innen gebracht. Wegen der Repression nach innen, muss sich die Opposition im Iran sehr gut überlegen, was sie sagt. Islamist_innen versuchen immer wieder, Menschen das Etikett „pro-israelisch“ aufzudrücken, um zu begründen, dass man sie umbringen darf. Die Arbeiterkommunistische Partei Iran ist eine Organisation, die so etwas nie hingenommen hat. Dafür werden wir von traditionellen Linken auch immer wieder angegriffen. Unsere Position ist, dass im Israel-Palästina-Konflikt um eine vernünftige Lösung für beide Seiten gerungen werden muss. Gibt es keine Einigung, dann gewinnt die islamische Bewegung immer weiter an Einfluß.

Wir finden, dass man aggressive und unmenschliche Handlungen der israelischen Regierung verurteilen muss, dies muß auch für Hamas und Hisbollah gelten. Die Selbstmordattentate beispielsweise tragen ihr übriges zur Polarisierung bei, auch dies muss ein Ende haben. Wir sind scharf gegen Ahmadinedschads Aufruf zur Vernichtung Israels. Das ist unmenschlich, in Israel leben Menschen. Es sollte zwei säkulare Staaten geben. Dies wäre ein Ausweg.

Denken Sie, dass das derzeitige politische System des Irans überhaupt noch eine Chance hat oder ist der Fakt, dass die Iraner_innen trotz der Drohkulisse des Regimes ihren Unmut auf die Strasse tragen der point of no return?

MOUSSAVI: Die Entwicklungen zeigen, dass die Stellung der alleinigen Herrschaft des religiösen Führers, Ali Khamenei, im System erheblich geschwächt ist. Er ist bisher an der Beilegung der Krise gescheitert, deshalb hat er die Funktionäre der sogenannten Reformer_innen vor Gericht gestellt. Die Auseinandersetzungen innerhalb des Machtapparats werden früher oder später zur Gewalt führen. Die Menschen nutzen diese Gelegenheit, verlieren ihre Ängste und es ist zu hoffen, dass die Aufstände im Iran anwachsen werden. Es gibt aber auch bedrohliche Momente für den Wechsel des Regimes. Das Regime könnte die wachsende Isolation durch außenpolitische Aggression kompensieren. Speziell die Atombombe und die Appeasementpolitik sind die einzigen Chancen für das Regime, seine umfassende Repressionswelle einzusetzen und aufrecht zu halten. Deshalb sind Kampagnen wie „Stop the Bomb“ und „Stop the Appeasement“ ein aktiver Beitrag für Menschenrechte im Iran.

AHADI: Ich habe die Frage ja vorhin schon teilweise beantwortet. Mir ist es wichtig zu betonen, dass im Iran eine säkulare Bewegung existiert. Wir leben in einer Welt, die Revolutionen irgendwie immer mit einem Fragezeichen versieht. Kapitalist_innen wollen suggerieren, dass es keine bessere Welt geben kann und versuchen, Revolutionen mit Gewalt gleichzusetzen. Ich gehöre aber zu einer Generation, die im Iran gegen den Schah eine Revolution begonnen hat. Wir haben immer gehört, Revolutionen seien scheiße und dass man es sich doch stattdessen zu Hause gemütlich machen kann. Im Iran erleben wir jetzt eine Revolution. Das zeigt auch den Leuten weltweit, dass Revolutionen möglich sind, wenn Massen von Menschen auf der Straße sind. Dies hat auch nichts mit Gewalt zu tun. Im Gegenteil: Das System setzt Gewalt gegen die Menschen ein.

Wie erklären Sie sich, dass innerhalb der deutschen Linken die realen Leiden der Iraner_innen so vehement ignoriert werden?

MOUSSAVI: Es muss endlich bei vielen deut-

schen Linken, Intellektuellen und Politiker_innen von Bündnis90/Die Grünen ein politisches Umdenken in ideologischen und politischen Fragen stattfinden. Vor allem müssen sie erkennen, dass der Hauptfeind unserer modernen Zeit für die nachhaltige Entwicklung und Demokratie weder Imperialismus noch Zionismus, sondern Fundamentalismus und das religiösfaschistische System im Iran sind. Es darf nicht verharmlost werden, dass es auch Kooperationen zwischen dem iranischen Regime, den Islamist_innen mit den Neonazis der NPD gibt, dessen Hauptleidende die Immigrant_innen mit islamischem Hintergrund und speziell die Frauen sowie Schwule, Lesben, Bi- und transsexuelle Menschen sind.

Ich sage offen und vernehmlich, auch im Interesse der Sicherheit Deutschlands: Linke müssen sich vom islamischen Regime und der Unterstützung seiner scheinbaren Friedenspolitik distanzieren, anstatt mit dem Verweis auf dessen vermeintlichen Antiimperialismus zu seinem Werkzeug zu werden.

AHADI: Was die parlamentarische Linke in Deutschland – also Linkspartei und die Grünen – betrifft, bin ich sehr kritisch. Viele Entwicklungen im Iran in den letzten 30 Jahren wurden einfach ignoriert. Was die Linkspartei betrifft, so hat dies sicherlich mit einem falsch verstandenem Antiimperialismus zu tun. Ahmadi-neschad wird da schnell zum Symbol des Antiimperialismus, wenn er vor den Vereinten Nationen vorgibt, gegen „die Imperialisten“ anzukämpfen. Auf der anderen Seite wird über die alltägliche Gewalt im Iran, beispielsweise das Steinigen von Frauen, Ehrenmorde, Zwangsheirat, Kopftuchzwang etc. geschwiegen. Seit 30 Jahren versuche ich, mit deutschen Linken über ihre verzerrte Wahrnehmung zu diskutieren. Sie wachen auch nicht auf, wenn die oben genannten Phänomene in der Bundesrepublik selbst zutage treten. Die Linke hat hier versagt.

Sollte ihrer Meinung nach die internationale Gemeinschaft Druck auf den Iran ausüben. Wenn ja, sehen Sie einen Sinn darin, ausschließlich politischen Druck aufzubauen oder befürworten sie wirtschaftliche Sanktionen. Letztere, so befürchten viele, träfen doch nur die Zivilbevölkerung.

MOUSSAVI: Die Politik und Wirtschaft im totalitären Mullah-Regime sind voneinander nicht

zu trennen. Die Gas- und Öleinnahmen sind die wichtigsten Finanzquellen für das Regime. Diesbezügliche Verhandlungen werden durch den Revolutionswächter Pasdaran sowie durch die iranischen Sicherheitskräfte geleitet und abgeschlossen. Nach offiziellen Angaben der iranischen Nachrichtenagentur FarsNews leben derzeit mehr als 80 Prozent der Menschen im Iran an oder unter der Armutsgrenze. Gleichzeitig fließen die Öleinnahmen in den Ausbau des Repressionsapparats, in die Unterstützung von Terrorist_innen oder einfach in private Taschen des Establishments. Präsidentschaftskandidat Mohsen Rezaï zufolge sind 340 Milliarden US-Dollar an Einnahmen vor allem aus dem Öl- und Gasgeschäft in den letzten Jahren verschwunden. Nach 30 Jahren Terror, Wirtschaftsbeziehungen und Verarmung ist die Lage im Iran explosiv. Die Beschwichtigungspolitik und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Regime haben wesentlich zur Machtergreifung von Ahmadi-nedschad und der Militarisierung des Systems beigetragen.

Ich als Oppositioneller fordere deshalb konsequente politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen das Regime. Diese Botschaft würde die Menschen im Iran mit Sicherheit zu Protesten gegen das Regime ermuntern, um endlich die eigentliche globale Gefahr, die ein atomar-bewaffneter Iran – auch für die Sicherheit Deutschlands - darstellt, zu beseitigen.

AHADI: Ich meine, internationale Organisationen oder Regierungen weltweit können gegen das islamische Regime etwas tun und ich denke, sie sind immer wieder zwei Schritte hinter den Menschen. Die Menschen sind jetzt auf der Straße und sie rufen oft „Nieder mit der Diktatur“ und europäische Regierungen diskutieren immer noch, was jetzt zu tun ist? Letztlich wird sich zeigen, sie möchten überhaupt keine Hilfe leisten für die Menschen im Iran. Aber ich denke, jede und jeder kann etwas tun. Weltweit fanden Demonstrationen statt, Tausende waren auf den Straßen, auch in europäischen Städten. Wir sollten die europäischen Regierungen unter Druck setzen, auch mit dem iranischen System verbandelte Institutionen. Das islamische Regime muß isoliert werden. Aus meiner Sicht können alle iranischen Botschaften geschlossen werden und im gleichen Atemzug sollte erklärt werden, dass das islamische Regime keine

Legitimation hat. Unsere Partei ist für politische Sanktionen und Isolation. Wir sind jedoch gegen die wirtschaftliche Isolation, weil sie den Menschen noch mehr Leid bringt, das haben wir im Irak gesehen. Dort haben sehr viele Kinder und Menschen unter diesen Sanktionen gelitten, wirtschaftliche Sanktionen richten sich gegen Menschen. Wir sind deshalb für eine politische Isolation.

■ *Welche Einflußmöglichkeiten hat die exiliranische Community?*

MOUSSAVI: Das Mullah-Regime ist im Iran bereits sehr schwach, jedoch ist es durch Appeasement außenpolitisch sehr einflußreich. Fakt ist, dass Europa und Deutschland weder Willen, Möglichkeiten oder Mut haben, sich der Arroganz der Mullahs ernsthaft zu widersetzen. Andererseits sind weder die iranischen Oppositionellen, noch die USA oder Israel allein im Stande, das mörderische System abzuschaffen. Die exiliranische Community sollten sich für eine internationale, antiklerikalfaschistische Zusammenarbeit gegen das Mullah-Regime einsetzen, um so den politischen Raum für dessen Schwächung, die Stärkung der iranischen Bevölkerung und der demokratisch säkularen Oppositionskräfte zu öffnen. Der beste Weg dahin ist meines Erachtens, die Entwicklung und Durchführung gemeinsamer Projekte und Aktionen, wie sie z.B. „Stop the Bomb“ durchführt. Damit lassen sich ggf. wichtige Sanktionen, speziell im Energiesektor, gegen die Mullahs erreichen. Proteste gegen den „Kultur-Dialog“ mit dem Regime sind weitere denkbare Handlungsoptionen, wie sie in Berlin etwa während der letzten Berlinale oder bei der Premiere eines Theaterstücks von Claus Peymann durch die Gruppe „Against Appeasement“ stattfanden. Auch eine Mitte August durch Berliner Antifa-Gruppen Hand in Hand mit Exil-Iraner_innen vor der Berliner NUMOV-Zentrale organisierte Kundgebung ist zu erwähnen (siehe pankow.antifa.net/numov.htm). Das iranische Regime hat diese Aktion scharf kritisiert. So wurde im staatlichen Nachrichtendienst IRNA abfällig über die Kundgebung berichtet. Diese Aktionen bieten für die Thematisierung der Menschenrechtssituation im Iran regelmäßige Anlässe. Die Iraner_innen sollten gerade in diesem Jahr unbedingt an den bevorstehenden Kundgebungen im September gegen den Al-

Quds-Tag teilnehmen.

Die exiliranische Community muß insbesondere die wirtschaftliche Unterstützung des Regimes in Deutschland politisch angreifen, etwa durch Reden bei Aktionärsversammlungen, bei denen Details über Irangeschäfte erfragt und veröffentlicht werden. Aktionen wie diese sind für die Unterstützung der iranischen Bevölkerung durch die Öffentlichkeit hierzulande unabdingbar. Ein wichtiges Beispiel dafür ist die neuerliche Berichtstattung über von Nokia-Siemens-Network dem Mullah-Regime zur Verfügung gestellte Überwachungstechnik, was durch die Stop the Bomb-Koalition enthüllt wurde.

AHAD: Im Iran ist eine Revolution im Gange. Weltweit waren Menschen aus diesem Grund auf der Straße. Das hat sehr schnell funktioniert. Ich organisiere seit Jahren Demonstrationen und wir haben zunächst immer wieder hunderte Menschen auf der Straße gesehen. Später waren es Tausende, was natürlich beeindruckend ist. Ich denke, es könnten noch mehr werden. Wenn Tausende auf den Straßen sind und fordern, etwas gegen das islamische Regime zu tun, dann geht dies auch an den Regierungen der europäischen Länder, Kanada und der USA nicht vorbei. Dies ist aus meiner Sicht sehr wichtig. Iran und die Geschichte des Iran ist mit dem Ausland eng verbunden. Ich denke, besonders die deutsche Regierung hat sehr viel Einfluss auf den Iran. Wir sollten daher auch in Deutschland auf die Straße gehen und von der Regierung beispielsweise die Schließung der iranischen Botschaft verlangen. Damit unterstützt man auch die Opposition im Iran.

Vor wenigen Tagen war ich im Auswärtigen Amt, dort habe ich auch gesprochen. Man muss den Menschen im Iran helfen, war meine Forderung. Angela Merkel sollte sehen, dass die Menschen für Freiheit, freie Meinungsäußerung und Wohlstand auf die Straße gehen. Frauen protestieren beispielsweise gegen den Kopftuchzwang und für das Scheidungsrecht – dies muss legitim sein. Die Menschen hier sollen verstehen, auch wenn man mit meiner Partei nicht einverstanden ist, die Menschen im Iran leben im 21. Jahrhundert, die Frauen möchten frei leben und nicht wegen Sex gesteinigt werden.

Kann Angela Merkel offen über diese Tatsache reden oder nicht?

Ich war mehrmals hier im Parlament, damals war Joschka Fischer Außenminister. Ich habe gegen ihn eine sehr scharfe Rede gehalten, worauf das Außenministerium geantwortet hat. Die TAZ hat diese Erklärung des Außenministeriums damals abgedruckt. Joschka Fischer sagte, es sei mit dem iranischen Regime hinter geschlossener Tür schon immer über Steinigung gesprochen worden. Aber was haben Herr Fischer oder alle Leute, die jetzt im Parlament sitzen, getan gegen die Ermordung und Steinigungen der Frauen? Es hat nicht geholfen! Das Gerede hinter geschlossenen Türen oder auch die Rede vom „kritischen Dialog“ war nur ein Deckmantel für die Zusammenarbeit mit dem islamischen Regime im Iran. Ich war 18 Jahre alt, als ich meine erste Steinigung gesehen habe und ich dachte, wenn die Weltöffentlichkeit so etwas hört, dann bleiben die Uhren stehen. Was soll das, dass eine Frau auf der Straße so erniedrigt wird? Die deutsche Regierung hat sehr gute Beziehungen zum Iran gehabt und hat noch immer einen großen Einfluß. Und wegen der tausenden ermordeten Frauen frage ich mich immer wieder: Was haben diese Politiker_innen dagegen getan? Wieso sagen sie nichts, wenn wir auf der Straße sind? Ich bin sehr scharf gegen die Iran-Politik Deutschlands und ich denke es bringt gar nichts, wenn Angela Merkel plötzlich feststellt, Ahmadinedschad ist nicht in Ordnung. Die Botschaft dieses Terrorregimes muß geschlossen werden. Dies wäre ein erster, notwendiger Schritt – nicht nur in Deutschland.

